

Tiefbauausschuss billigt Planung für zusätzliche Anschlussstelle Neufahrn-Süd zur B15 neu

Bei ihrem „Gastspiel“ im Rathaus von Neufahrn haben die Mitglieder des Tiefbauausschusses des Kreistages am Montag die Planungen für die Anschlussstelle Neufahrn-Süd zur B15 neu gebilligt. Dabei hält sich allerdings die Freude über die von der Autobahndirektion Südbayern geforderte „Betriebskehre“ auf der Verbindungsstraße von der alten zur neuen Bundesstraße in Grenzen. Das Gremium will darauf drängen, dass die zur B15 neu führende Kreisstraße LA 25 nicht durch eine herkömmliche Einmündung beziehungsweise Abzweigung, sondern durch einen Kreisverkehr an die „alte“ B15 angebunden wird.

Knapp ein Jahr nach der überraschenden Zusage aus Berlin für eine weitere Anschlussstelle zwischen Kläham und der Staatsstraße 2142 können die Verantwortlichen ihr Glück noch immer nicht ganz fassen, dass die zusätzliche Anschlussstelle vom Bundesverkehrsministerium so problemlos genehmigt wurde und vergleichsweise großzügig gefördert wird: Von den Planungskosten übernimmt der Bund 86 Prozent, während der Landkreis Landshut 14 Prozent zu tragen hat. Die Gemeinde Neufahrn erhofft sich jedenfalls nach den Worten von Bürgermeister Bernhard Zauner eine „erhebliche Entlastung vom Fernverkehr“ durch die neue Anschlussstelle und eine schnellere Anbindung an den Wirtschaftsstandort Regensburg.

„Flächenschonend geplant“

Bernhard Pritscher vom beauftragten Planungsbüro Bauer Beratende Ingenieure erläuterte den Kreisräten, dass im Vorfeld drei verschiedene Anschlusspunkte mit sechs unterschiedlichen Anschlussvarianten untersucht wurden. Daraus wurde schließlich die „Wahltrasse“ erarbeitet, die nun im Rahmen des Genehmigungsverfahrens auf den Weg gebracht werden soll. Die Planung sieht im einzelnen vor, dass die Verbindungsspanne von der bestehenden zur neuen Bundesstraße auf der Industriestraße und in deren Verlängerung auf bestehenden Feldwegen verlaufen soll.

Die Anschlussstelle an die B15 neu soll am Nordrand des Kirchenholzes situiert werden. „Wir haben möglichst flächenschonend geplant und ohne Waldstücke zu versiegeln“, hob Pritscher hervor. Bei der zusätzlichen Anschlussstelle handelt es sich seinen Worten zufolge um einen „klassischen Anschlussknoten mit linksgerichteter Trompete“.

Während die Mitglieder des Tiefbauausschusses grundsätzlich an der vorgestellten Planung nichts auszusetzen hatten, stießen zwei Punkte auf Missfallen: Dabei handelte es sich zum einen um die „Betriebskehre“ unmittelbar nach der Anschlussstelle, die von der Autobahndirektion nachträglich gefordert wurde, weil in diesem Bereich die Betriebsgrenze zwischen den Autobahnmeistereien Pentling und Wörth verläuft und deren Straßen- und Winterdienstfahrzeuge eine Umkehrmöglichkeit brauchten. Zudem sei diese Betriebskehre auch für Landwirte und andere Verkehrsteilnehmer, die mit ihren Fahrzeugen die autobahnähnliche Bundesstraße nicht befahren dürfen, unerlässlich.

Kreisverkehr gefordert

Darüber hinaus wurde bemängelt, dass zur Anbindung der Verbindungsspanne an die alte B15 kein Kreisverkehr, sondern nur eine herkömmliche Abzweigung vorgesehen sei. Wie Straßenbauplaner Bernhard Pritscher und Tiefbauamtsleiter Matthias Huber übereinstimmend berichteten, seien an der betreffenden Stelle zwar beide Kreuzungsmöglichkeiten machbar. Aufgrund des zu erwartenden Verkehrsaufkommens werde jedoch von vorgesezter Stelle eine Änderung der Abbiegesituation für nicht erforderlich erachtet, so dass der Bau eines Kreisverkehrs nicht förderfähig wäre.

Mit einem Kreisverkehr könnte man jedoch nach Ansicht von Kreisrat Georg Luginger gewissermaßen zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: eine reibungslose Straßenanbindung herstellen und auf die Betriebskehre verzichten, weil die Winterdienstfahrzeuge auch am Kreisverkehr wenden könnten. Doch an der Betriebskehre könne man wegen des Sicherheitsaspektes nicht rütteln, sagte Tiefbauamtsleiter Huber. Dann müsse aber gewährleistet sein, dass die Kosten für die Betriebskehre nicht auf den Landkreis abgewälzt werden, forderte Landrat Josef Eppeneder.

Zuschuss aushandeln

Auf Vorschlag der Kreisräte Georg Luginger, Siegfried Ziegler und Rosi Steinberger sprach sich der Tiefbauausschuss (gegen die Stimme von Lorenz Heilmeyer) dafür aus, den Kreisverkehr ebenfalls in die Planung mit aufzunehmen und hierfür nach Möglichkeit auch, einen staatlichen Zuschuss auszuhandeln. Ohne bereits eine konkrete Zusage geben zu können, deutete Bürgermeister Bernhard Zauner in diesem Zusammenhang an, dass sich auch der Neufahrner Gemeinderat einer Kostenteilung wohl nicht verweigern werde.

Klassischer Knoten mit linksgerichteter Trompete

In Bezug auf die nächsten Planungsschritte kündigte Bernhard Pritscher an, dass die Entwurfsplanung bis Ende Juni fertiggestellt und noch vor den Sommerferien über die Oberste Baubehörde ans Bundesverkehrsministerium weitergeleitet werden soll. Parallel dazu müsse der erforderliche Grunderwerb über die Bühne gebracht werden. Mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens sei dann für Anfang 2012 zu rechnen.



An Ort und Stelle verschafften sich Landrat Josef Eppeneder und die Mitglieder des Tiefbauausschusses zusammen mit Abteilungsleiter Matthias Huber einen Überblick über die geplante Anschlussstelle zur B15 neu. (Fotos: mü)

Quelle: Landshuter Zeitung vom 12.05.2011